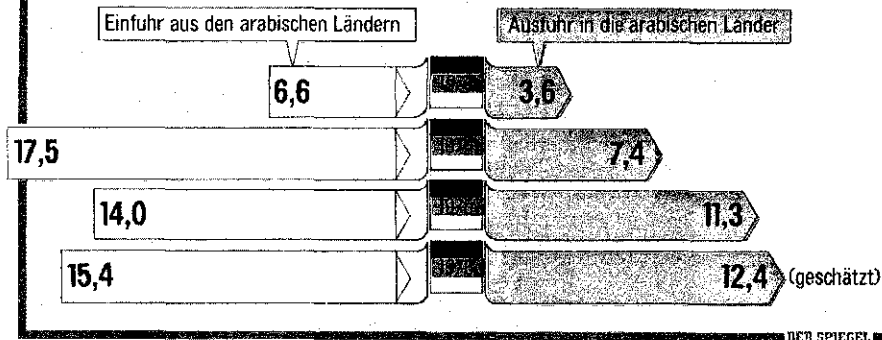


WACHSENDES NAHOST-GESCHÄFT

Handel der Bundesrepublik mit den Ländern der arabischen Welt in Milliarden Mark



DER SPIEGEL

West-Berlin und den arabischen Staaten“.

Schon Anfang vergangenen Jahres hatten die Araber-Staaten durch ihre Bonner Botschafter Außenminister Hans-Dietrich Genscher eine gemeinsame Note übergeben lassen, in der sie die Gründung des Fördervereins vorschlugen. Der Freidemokrat reichte das Papier an seinen Parteikollegen Hans Friderichs weiter, der das Projekt seinerseits den Verbänden der deutschen Wirtschaft zuschob.

Den Verbands-Oberen jedoch erschien die Araber-Aktion aus mehreren Gründen suspekt. So argwöhnte Hans-Günther Sohl's Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die geplante Schaltstelle des deutsch-arabischen Handels könnte für Boykott-Maßnahmen, etwa gegen Israel oder Südafrika, mißbraucht werden.

Otto Wolff von Amerongens Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT), Dachorganisation sämtlicher Industrie- und Handelskammern im Lande, befürchtete von dem ursprünglich vorgesehenen Vereinstitel „Deutsch-arabische Handelskammer“ Verwechslungsgefahr. Und der Nah- und Mittelost-Verein, ein Zusammenschluß führender Orient-Händler, witterte gar unerwünschte Konkurrenz.

Erfolglos suchte denn auch zunächst Klub-Promoter Abugarga nach einem namhaften Industriellen als „Zugpferd mit Durchschlagskraft“ (Lüttwitz). Nur GHH-Ruheständler von Menges ließ sich nach gutem Zureden von Wirtschaftsminister Hans Friderichs einspannen.

Der rührige Pensionär, dessen Villa das Konsulatswappen Perus ziert und der weiterhin Essens Handelskammer präsidiert, rang zunächst seinem Verbandsboß Wolff von Amerongen ein halbherziges Plazet zur Vereinsgründung ab. Allerdings hatte von Menges dabei versprechen müssen, seine „Kammer“ unter der britischen Vokabel „Chamber“ firmieren zu lassen.

Die Bedenken der BDI-Bosse wiederum versuchte Gründungschilfe von Menges durch redaktionelle Einfügungen in das von Abugarga vorgeschriebene Satzungs-Manuskript zu zerstreuen, die den Klub ausschließlich auf „wirtschaftliche“ Ziele festlegen.

Dagegen ließ von Menges es zu, daß zur Gründungsversammlung Ende Juli nur von den Arabern ausgesuchte Firmen geladen wurden. Dabei aber wollten die ersten Geld- und Industrie-Adressen der Republik nicht mittun.

Verstört durch das perfekt inszenierte Gründungs-Theater reisten Abgesandte beitriftwilliger Konzerne, so etwa Dieter Meyerhoff von der Wiesbadener Baustoff-Firma Didier, wieder ab. Die drei Großbanken hatten ihre — sämtlich der zweiten Manager-Garnitur entstammenden — Teilnehmer ohnehin nur als Beobachter geschickt.

Milliarden-Partner der Araber, wie etwa die Fahrzeug- und Motorenfabriken Daimler Benz und Klöckner-Humboldt-Deutz, die Baufirmen Strabag und Hochtief, schauten nicht einmal

vorbei. Bosch-Manager konnten „aus Zeitgründen“, Daimler-Benz-Herren „aus Urlaubsgründen“ nicht teilnehmen. Der Stahl-Konzern Thyssen griff zu der Ausrede, erst noch die Satzungen genau prüfen zu müssen.

So blieben — außer der Kessel- und Anlagenschmiede Deutsche Babcock — vor allem Firmen aus dem Nahbereich des Alt-Managers von Menges: der Münchner Versicherungsriese und GHH-Großaktionär Allianz, in dessen Beirat von Menges lange Zeit saß, und das marode Bundesunternehmen Diag, dessen Aufsichtsrat er präsidiert.

Menges aber ficht das nicht an: „Wir wollen gar keinen Verein der Großen gründen.“

POLIZEI

Breite Blutspur

Leben Polizisten tatsächlich gefährlicher als andere, oder wird ihr Berufsrisiko dramatisiert?

Sie haben „den undankbarsten Job“, „riskieren ihr Leben und das Glück ihrer Familien“ und wissen, wie „Bild“ berichtet, morgens nicht, ob sie „abends im Krankenhaus landen“ — Polizisten in Deutschland.

Schießwütige Gangster legen auf sie an, fanatische Terroristen nehmen sie unter Feuer: Im Kampf um Recht und Gesetz, so will's scheinen, lauert überall Lebensgefahr.

„Daß der Beruf des Polizeibeamten zu den gefährlichsten zähle, daß der Blutzoll, den Beamte im Vollzug polizeilicher Aufgaben zu zahlen hätten, außergewöhnlich hoch sei“, behaupten



Polizeieinsatz, Personenkontrolle: Legende vom Blutzoll

jetzt zwei Berliner Soziologen. „ist eine Legende.“

Wieweit sich das Berufsbild verschoben hat, war den Wissenschaftlern Albrecht Funk und Falco Werkentin bei der Arbeit an ihrer Studie über „Aufbau und Struktur der Polizei“ aufgegangen, die ihnen die private „Berghof Stiftung für Konfliktforschung“ (Vorsitz: der Frankfurter Friedensforscher Dieter Senghaas) finanziert.

Die Einsicht, daß Fama und Fakten erheblich divergieren, hatte dem Forscherteam ein Vergleich der Polizeistatistik über im Dienst getötete, tödlich verunglückte oder an Berufskrankheiten verstorbene Beamte mit den jährlich gemeldeten Todesraten anderer Berufsgenossenschaften vermittelt.

Denn während für 1974 (bezogen auf je 100 000 Vollbeschäftigte) die Berufsgenossenschaft Seefahrt 157 Todesfälle meldete, die der Binnenschiffer 127, der Bergbau 103 und der Tiefbau

hat für den Schutzmann ebenso wie für die zu Schützenden womöglich Folgen.

Denn im Bewußtsein des besonderen Risikos ihres Berufs wächst die Bereitschaft der Beamten, in allen, auch in nur vermeintlichen Gefahrensituationen die Pistole zu ziehen. Und daß der Finger dann auch leichter am Abzug zuckt, beweist, so Forscher Werkentin, eine „breite Blutspur an Putativ-Notwehrleichen“.

Allein in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein wurden von 1962 bis 1973 73 Bürger, Verdächtige und Unbeteiligte, von der Polizei erschossen. Selbst im bundesweiten Überblick läßt sich „das Gerede von der wachsenden Gefährlichkeit des Polizeiberufs“ nicht rechtfertigen. Zwar wurden von 1945 bis 1974 insgesamt 288 Beamte von Straftätern getötet,



Polizeieinsatz im Film*: Falsches Bild vom Risiko

47, verzeichnete die Polizeistatistik mit 17,8 einen Wert, der nur um 0,1 über dem des Jahres 1965 lag. Im Vergleich mit dem Risiko anderer Professionen, folgern die Soziologen, „liegt das der Vollzugsbeamten auf einem unteren Rangplatz“, vor allem: Es ist in letzter Zeit kaum nennenswert gestiegen.

Und der Einwand, von den 146 000 Polizeivollzugsbeamten schöben die meisten sicheren Verwaltungsdienst, ändert nach Auffassung des Soziologengespanns am Ergebnis nichts: Auch „der Buchhalter bei der Ruhrkohle AG ist nicht in der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft erfaßt, sondern in der Bergbau-Berufsgenossenschaft“.

Die Fehleinschätzung, Polizisten lebten immer gefährlicher — „seit Jahren in der Tagespresse wie in Fachzeitschriften der Polizei kolportiert“ —,

doch starben allein in den unruhigen Jahren bis 1949 schon 205, während ansonsten — Ausnahme: das Terrorjahr 1972 mit 16 toten Polizisten — die Todesziffer seit längerem stagniert.

Der gegenteilige Eindruck geht, so die Soziologen, nicht allein auf das Konto manipulierender Meinungsmacher; das Fehltrüben speist sich aus allen Kanälen: „Jene 100 und mehr Polizisten, die pro Jahr in TV-Kriminalserien ihr Leben lassen müssen, leisten ein Weiteres, um diese Legende zum gesicherten Alltagswissen zu machen.“

Es wäre ein Beitrag zur inneren Sicherheit, meinen Funk und Werkentin, wenn die verantwortlichen Politiker der Mär entgegenträten. Etwa so: „Die Gefahr für Vollzugsbeamte, durch Verkehrsunfälle ums Leben zu kommen, ist sehr viel höher als die, durch Rechtsbrecher getötet zu werden.“

* Aus dem US-Film „Bonnie and Clyde“.



Was gilt im Herbst?

Die ZEIT am 31.1.1975: „Wer ist denn gemeint, wenn von ‚der Union‘ die Rede ist? Und was ist gemeint, wenn die Rede auf ihr Programm kommt? Stets sind mindestens zwei Möglichkeiten denkbar.“ Ihre Prognose war gut:

CDU/CSU zum modernen Wasserrecht

In ihrer Wahlplattform '72: Ja.

Im Bundestag: Nein.

CDU/CSU zu den Polenverträgen

Im Bundestag: Nein.

Im Bundesrat:

Mit Hängen und Würgen Ja.

CDU/CSU zur umlagenfinanzierten Berufsausbildung

Beim Hamburger CDU-Parteitag: Ja.

Im Bundestag: Nein.

CDU/CSU zum Antiterroristengesetz

Im Bundestag: Nein.

Im Bundesrat:

Nach sinnloser Verzögerung Ja.

CDU/CSU-Kandidat Kohl zu ‚Freiheit‘

Im Frühling: „Wir müssen wieder lernen, was Freiheit ist, wie nach dem Ende der Nazierrschaft: frei reden können, reisen...“

Im Sommer: „Denn unser Land ist schön... Wenn Sie reisen und schauen, denken Sie auch daran, daß die Bürger unserer Bundesrepublik Deutschland das Glück haben, in Freiheit zu leben.“

Im Herbst: Arme CDU/CSU-Wähler. Wer und was gilt dann?

Professor Wildenmann:

Eines freilich ist sicher: 45% der Wähler fürchten einen Über-oder/statt-Bundeskanzler Strauß (Prof. Wildenmann am 29.7.1976 in Bonn).

Wenn Sie etwas dagegen tun wollen: Für eine Wahlspende von 10,- DM (Konto Sparkasse Bonn 7500, Stichwort „Herbst“) schicken wir Ihnen

→ eine Dokumentation zu Strauß (allerdings noch ohne Heubl-Affäre),

→ unser Regierungsprogramm 1976–80.

In diesem Sinne

Sozialdemokraten.